

## **Förderung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf** (§ 8 Abs. 7 SGB XI)

### **Gegenstand der Förderung:**

Gefördert werden Maßnahmen **von ambulanten und stationären** Pflegeeinrichtungen, die das Ziel haben, die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf für ihre **in der Pflege** tätigen Mitarbeiterinnen zu verbessern. Das Ziel liegt vor, wenn die Maßnahmen zur Lösung der Herausforderungen im Alltag der Beschäftigten beitragen, die sich aus dem Zusammenspiel beruflicher und familiärer Aufgaben und Pflichten sowie außerberuflich übernommener Pflege- und Betreuungsaufgaben ergeben.

Förderfähig sind individuelle und gemeinschaftliche Betreuungsangebote, die auf die besonderen Arbeitszeiten **von Pflegekräften** ausgerichtet sind, sowie **Schulungen und Weiterbildungen** zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf.

Die beispielhaft aufgezählten förderfähigen individuellen und gemeinschaftlichen Betreuungsangebote wurden in § 1 Absatz 4 präzisiert. Förderfähig sind auch Niedrigschwellige Angebote, sowie Angebote zur Betreuung von pflegebedürftigen Menschen, Projekte zur Einführung neuer familienorientierter Personalmanagementmodelle und Beratungsleistungen zur Optimierung der Dienstplangestaltung. Betreuungsangebote sind ohne zeitliche Begrenzung auf Randzeiten förderfähig, wenn sie dazu dienen, das Ziel nach § 1 Absatz 1 sicherzustellen (z. B. wenn sie Betreuungszeiten abdecken, die von den regional üblichen angebotenen Öffnungszeiten abweichen oder wenn sie ein individuell passgenaueres Angebot abbilden). (s. dazu § 1 Abs. 5)

### **Höhe der Fördermittel:**

Aus Mitteln der sozialen und privaten Pflegeversicherung werden durch den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung in den **Jahren 2019 bis 2024 jährlich** bis zu 100 Millionen Euro bereitgestellt. Der Gesamtförderbetrag von **100 Millionen Euro je Kalenderjahr** wird durch das Bundesversicherungsamt auf die Länder verteilt.

### **Förderung:**

Die Förderung erfolgt in Form eines Zuschusses in Höhe von **bis zu 50 v. H.** der durch die Pflegeeinrichtung für die Maßnahme verausgabten Mittel. Die Höhe des Zuschusses ist pro Pflegeeinrichtung auf **7.500 Euro je Kalenderjahr** begrenzt. Führt eine Pflegeeinrichtung mehrere Maßnahmen durch, so beträgt der Zuschuss je Kalenderjahr bis zu 50 v. H. der gesamten verausgabten Mittel, begrenzt auf insgesamt 7.500 Euro.

### **Antragstellung und Beginn:**

Förderfähig sind Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf, die im laufenden Kalenderjahr, **frühestens ab 01.01.2019**, durchgeführt und hierfür Eigenmittel eingesetzt wurden.

Der Antrag auf Förderung kann jedoch **frühestens ab Inkrafttreten der Richtlinien** und **spätestens bis zum 31.12.2024** gestellt werden.

Das Antragsverfahren ist sowohl vor der Durchführung der Maßnahmen auf Basis eines Kostenvoranschlags (prospektiv) als auch nach Durchführung der Maßnahmen auf Basis von Rechnungen (retrospektiv) möglich. (§ 4 Abs. 1) Im Verwaltungsverfahren wurden Regelungen für das prospektive Antragsverfahren eingeführt. Danach prüft die jeweils zuständige Pflegekasse die Anträge auf Förderung und erlässt die Bescheide über die Bewilligung der Fördermittel dem Grunde nach. Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt erst nach Vorlage der Nachweise über die verausgabten Mittel. (§ 5 Abs. 2)

### **Antragsverfahren:**

Der Antrag ist an eine als Partei der Pflegesatzvereinbarung beteiligte Pflegekasse, deren Landesverband oder den Verband der Ersatzkassen e. V. in dem Bundesland zu richten, in dem die Pflegeeinrichtung zugelassen ist. Dies wurde in Niedersachsen dahingehend konkretisiert, dass die Zuständigkeiten zwischen AOK und DAK aufgeteilt wurden:

**Der Antrag ist an den für Ihren Landkreis zuständige Pflegekasse zu stellen.**

Eine Übersicht der Zuständigkeiten finden Sie in der Anlage.

### **Der Antrag bedarf der Schriftform.**

Hinsichtlich der Details verweisen wir auf die Förderrichtlinien sowie das Antragsformular in der Anlage.